

Soziale Arbeit in der Jugendhilfe im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft

„Angesichts des dürftigen Standes von etablierten Mitbestimmungsmodellen scheint eher eine Phase des Experimentierens und Evaluierens, des Sich-gemeinsam-auf-den-Weg-Machens erforderlich, um (...) dauerhaft zu partnerschaftlichen Aushandlungsprozessen zu gelangen“ (Stork 2007, S. 37).

Die Profession der Sozialen Arbeit steht seit ihren Anfängen in einem Spannungsfeld von gesellschaftlichen Interessen und den Belangen von einzelnen Menschen und Gruppen. Dies führte damals und führt auch heute immer wieder zu Konflikten in der Praxis. Auch Soziale Arbeit in der Kinder- und Jugendhilfe muss vor dem Hintergrund Politik und Gesellschaft betrachtet werden. Die Abhängigkeiten und Spannungen wirken sich direkt auf die einzelnen Schicksale junger Menschen aus. Rechtliche Grundlagen gilt es zu erfüllen, in denen schon im Voraus Ziele für die Jugendhilfe festgelegt werden, die es zu erreichen gilt. Politik wirkt sich darauf aus, wie und in welcher Weise Geld investiert beziehungsweise rationiert wird. Somit müssen wir in unserer Profession immer wieder feststellen, dass die Jugendhilfe nur am Rande eine pädagogische Veranstaltung ist, aber in ihrem Kern eben eine gesellschaftliche und politische.

Der Begriff der Subsidiarität beispielsweise hat in den wenigen Jahrzehnten seiner Existenz bereits viele Veränderungen erfahren. Zu Anfang war er ein Begriff idealistischer und bürgerlicher Gesellschaftsauffassung und eine Handlungsmaxime, die mit Freiheit gleichgesetzt wurde. Später wurde Subsidiarität als Kampfansage gegen linke Politik und staatliche Eingriffe verwendet. Dann diente er als Argumentationshilfe zur Sicherung von Ressourcen bei der Auseinandersetzung um den Topf der öffentlichen Gelder. Heute wird er wieder abgeändert, um dem Staat die Möglichkeit zu geben, öffentliche Aufgaben zu dele-

gieren. Das Verhältnis von Individuum und Staat, welches der Begriff Subsidiarität ursprünglich beschreiben sollte, erscheint heute nicht mehr in dieser Form. Vielmehr wurde er zum Spielball politischer, bürokratischer und gesellschaftlicher Interessen um Ressourcen und Privilegien.


So wie sozialpolitische Begriffe in ihrer Bedeutung je nach aktueller politischer Debatte einem steten Wandel unterzogen sind, geschieht dies auch mit den Hilfsangeboten der Sozialen Arbeit. Immer wieder müssen wir erfahren, dass die Debatten auf den Schultern der jungen Menschen ausgetragen werden. Da gehen mitunter neben den politischen und gesellschaftlichen Interessen die der Jugendlichen unter. Zudem leben wir heute in einer Gesellschaft, die sich unter dem Stichwort „Individualisierung“ immer stärker dahin entwickelt, dass Jugendliche möglichst früh ihren eigenen Weg gehen sollen. Gleichzeitig gilt ein nicht geringer Teil der Jugendlichen in Deutschland als arm und begibt sich damit immer in finanzielle Abhängigkeiten. In manchen Ausbildungsberufen ist das tarifliche Gehalt so gering, dass Jugendliche damit eigentlich kein eigenständiges Leben führen können. Ein Ziel der sozialen Marktwirtschaft war ursprünglich, Wohlstand und Bildung allen zugänglich zu machen. Wenn dann noch eine hohe Mobilität von den Auszubildenden gefordert wird, reicht der Lohn erst recht nicht aus. Die Armut von Jugendlichen wird viel zu selten thematisiert, denn dem Jugendlichen wird schnell unterstellt, dass er faul sei und selbst Schuld hat an seiner schwierigen Situation. Ähnlich verhält es sich in der Flüchtlingshilfe: Der/die Jugendliche hat die Schule erfolgreich abgeschlossen und schon eine Zusage für einen Ausbildungsplatz bekommen. Da der/die Betroffene aber aus einem bestimmten Land kommt und das Asylverfahren noch nicht abgeschlossen oder negativ ausgefallen ist, wird



ihr/ihm eine Arbeitserlaubnis vorenthalten. So ein Vorgehen kann natürlich nur schwerlich die Marktwirtschaft ankurbeln. Einerseits lautet das Credo: Wir investieren in unsere Jugend, denn sie ist unsere Zukunft. Zugleich soll an Hilfen, Integrations- oder Betreuungsmaßnahmen gespart werden. Kann nun überhaupt ein fruchtbarer und konstruktiver Dialog zwischen Jugendhilfe und Politik zustande kommen, um der gemeinsamen Verantwortung für die Zukunft der Jugend gerecht werden zu können? Dazu müsste Jugendhilfe wieder politischer werden, um zu erörtern, welche Rahmenbedingungen sie braucht, um effektiv und präventiv zu arbeiten und um die Verantwortung und Möglichkeiten der Einrichtungen zu etablieren, die politische Entscheidungen aktiv beeinflussen können. Die Jugendhilfe sagt uns in der Praxis: „Bis hierhin sollst du gehen, nur soweit es finanzierbar ist und mitgewirkt wird, und nicht weiter, möglicherweise musst du auch später wieder dorthin zurück, wo du ursprünglich angefangen hattest.“

Im Laufe der Geschichte haben sich nicht nur Menschenbilder geändert, sondern zugleich auch die Bilder junger Menschen. Durch die Sozialgesetzgebung Bismarcks wurden „kriminelle“ Kinder zu „verwahrlosten“ Kindern, die auf Grund elterlichen Versagens der Erziehung und Rettung bedurften. Gegen Ende der Weimarer Republik galten diese Kinder dann wieder als „schwer erziehbar“ und in der NS-Zeit als „Asoziale“ oder im Falle besonderer Brutalität und Grausamkeit als Helden der Hitlerjugend. Etwa Mitte der 1960er Jahre wurden aus „Verwahrlosten“ zunächst „Opfer gesellschaftlicher Verhältnisse“, dann „zu Therapierende“ und letztendlich „eines gelingenden Alltags Würdige“. Je nach historischem Zeitpunkt passt sich die Jugendhilfe ständig an und ist somit in einem stetigen Wandel, so wie auch Politik und Gesellschaft einem steten Wandel unterzogen sind.

Seit den 1990er Jahren, nach dem 8. Kinder- und Jugendhilfebericht, der unter dem Aspekt der Lebensweltorientierung nach Hans Thiersch entstand, vollzog sich ein Paradigmenwechsel in der Kinder- und Jugendhilfe vom sozialdisziplinierenden Charakter zu einem dienstleistungsorientierten Ansatz. Die Ressourcen und alltäglichen Erfahrungen der Adressatinnen und Adressaten sollten in eine auf das Individuum abgestimmte Hilfe eingebunden werden. Damals sollte neben Prävention, Integration, Regionalisierung und Alltagsorientierung die Partizipation eine besonders wichtige Rolle spielen. Partizipative Konzepte werden in stationären Einrichtungen der Jugendhilfe aber nur selten umgesetzt beziehungsweise die Umsetzung scheitert ab einem bestimmten Zeitpunkt, nämlich genau dann, wenn sie in das Spannungsfeld Politik und Gesellschaft geraten. Eine Beteiligung setzt voraus, dass Kinder und Jugendliche nicht nur ihre Bedürfnisse, sondern auch ihre Rechte kennen. Die Möglichkeiten und das nötige Handwerkszeug hierzu sind in der Realität begrenzt. Noch häufiger sind die politischen Zielsetzungen nicht mit den Bedürfnissen der Adressaten und Adressatinnen zu vereinbaren. Es gibt eine gesetzlich vorgeschriebene Mitwirkung an allen Hilfeplangesprächen und die obligatorische Unterschrift unter den im Anschluss ausgearbeiteten Hilfeplan, aber laut einigen Studien hat diese Form der Beteiligung für die meisten Jugendlichen keinen Wert, da die Art der Zielaushandlungen und Formulierungen größtenteils bildungsbürgerlichen Standards entsprechen, mit denen einige KlientInnen nicht vertraut sind, und der Hilfeplan ist für sie somit nicht nachvollziehbar (vgl. Pluto 2007). Das doppelte Mandat der in der Jugendhilfe praktizierenden SozialpädagogInnen stellt hier ein nicht zu unterschätzendes Problem dar. Auf der einen Seite gilt es im Sinne der KlientInnen zu handeln, auf der



anderen Seite muss der Kontrollpflicht nachgegangen werden. Diese Zerrissenheit der BetreuerInnen ist für die Jugendlichen eine schwer zu begreifende Botschaft, die nicht selten als Willkür empfunden wird. Es existiert keine feste Regelung wie Partizipation, die in den Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe verankert ist. Sie ist jedoch ein anerkanntes Kriterium für die Qualität der Einrichtungen und gleichzeitig gesetzlich vorgeschrieben. Eine demokratische Gesellschaft sollte sich durch die Beteiligung ihrer Mitglieder weiterentwickeln und dazu ist es notwendig, Jugendliche mit Handlungsmustern der Demokratie vertraut zu machen. Partizipation spielt auf politischer Ebene eine sehr große Rolle, damit wir unsere Zukunft gemeinsam gestalten können, sie wird aber in den meisten Fällen nicht adäquat kommuniziert oder einzelne Institutionen, die auf die Aktivierung einer bestimmten Hilfsleistung reagieren müssten, schätzen die Situation in ihrem eigenen Ermessen ganz anders ein und lassen die Möglichkeit einer Weiterentwicklung nicht zu. Genau dieser Reibungspunkt ist es, der sich der Jugendarbeit allzu häufig in den Weg stellt. Jugendarbeit ist die Schnittstelle zwischen lebensweltorientierter und Systempartizipation. Der Begriff „Systempartizipation“ meint hierbei die gezielte Teilhabe durch institutionalisierte Mittel der Jugendhilfeeinrichtungen, die in der Regel im Konzept der Einrichtung festgehalten werden. Die Jugendhilfe kann hierbei „zur Übernahme von Verantwortung im gesamtgesellschaftlichen Kontext beitragen und Verbesserung im lebensweltlichen Kontext von Kindern und Jugendlichen vorantreiben“ (Debiel 2002, S. 113).

Doch nicht nur die Partizipation der jungen Menschen zu gewährleisten gestaltet sich schwierig, sondern auch die Prävention und Integration scheitern häufig dort, wo sie ursprünglich propagiert wurden. In unse-

rem professionellen Alltag sprechen wir gerne und voll Hoffnung von präventivem Handeln, weil wir uns wünschen würden, uns von der Sisypusarbeit des Reagierens lösen zu können, um manche Problemlagen erst gar nicht aufkeimen zu lassen. Wir würden gerne verhüten, anstatt dauerhaft reparieren zu müssen. Doch die Öffentlichkeit und die Politik warten auf unsere positiven Antworten und setzen uns gewissermaßen unter Druck, denn sie investieren ja und hoffen auf Ergebnisse, die sich in einem Zeitalter des weltweiten Wettbewerbes sehen lassen können. Dies möchte ich gerne an einem Beispiel von einem unbegleiteten minderjährigen Flüchtling darstellen:

Dieser junge Flüchtling, der gerade seit knapp 2,5 Jahren in Deutschland lebt, leidet unter einer posttraumatischen Belastungsstörung, die ihm von seinem Psychiater so diagnostiziert wurde. Hinzu kommt eine mittelgradig bis schwere Depression, die sich langsam immer mehr ausbreitet, da das Trauma bisher nicht bearbeitet werden konnte. Denn zuerst musste von dem jungen Menschen Integrationsarbeit geleistet werden und zunächst war dies auch möglich gewesen. Es folgten der Schulabschluss und eine Ausbildungsplatzsuche. Eine Traumatherapie wurde begonnen, aber später abgebrochen, da die Belastung mit Schule in Kombination mit einer Stunde Therapie pro Woche zu hoch war. Seine Anwältin empfahl ihm, unbedingt eine Ausbildung zu absolvieren, da dies seinen zukünftigen Aufenthalt mehr oder weniger sichern würde. Nach der Schule wurde die Integration also weiter vorangetrieben und der junge Mensch konnte eine Ausbildung beginnen. Ziemlich schnell konnten wir dann beobachten, wie sich die Depression verstärkte, da die Anforderungen in der Ausbildung hoch waren und sich zugleich das Asylverfahren negativ entwickelte. Der junge Mann war dem Stress und den Anforderungen, die an ihn gestellt



wurden, nicht gewachsen und hatte keine Zeit gefunden seine psychische Erkrankung zu bearbeiten. Mittlerweile, nach zwei Psychiatrieaufenthalten und einem Suizidversuch, wartet der Betroffene auf einen Platz in einer traumatherapeutischen Klinik, damit ihm geholfen wird. Die Plätze sind begehrt und das Angebot überschaubar. So beträgt die Wartezeit etwa sechs bis acht Monate. Im Fall von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen wird der Integrationsarbeit ein höherer Stellenwert als der Präventionsarbeit eingeräumt. Es versteht sich von selbst, dass diese Rechnung in den meisten Fällen nicht aufgehen wird. Letztendlich müssen wir feststellen, dass unsere professionellen Hauptwörter nur Konstrukte in einem historischen Zusammenhang darstellen.

Wie können wir sowohl dem Individuum als auch dem sozialpolitischen Auftrag gerecht werden, wenn das eine kaum mit dem anderen vereinbar ist? Vor dem Hintergrund dieser Debatte entstand in den 1980er Jahren der bereits erwähnte Paradigmenwechsel in der Jugendhilfe vom sozialdisziplinären hin zu einem dienstleistungsorientierten Charakter. Die KlientInnen sollen lernen, ihre Lebenswelt selbst zu gestalten, und darüber hinaus mündig werden sowie ferner ein Gefühl der Selbstwirksamkeit erfahren. Immer wieder kommt es jedoch vor, dass Normalitätskonzepte übergestülpt werden oder vorgefertigte Regel- und Normengebilde einen erfolgreichen Hilfeverlauf unterbinden. An die Jugendlichen werden dann zweierlei Anforderungen gestellt. Einerseits erwartet die moderne Gesellschaft von ihnen, möglichst schnell selbstständig zu werden, sich vorbildlich zu integrieren und zugleich einen Gewinn für die Wirtschaft zu erzielen. Dieses Interesse verfolgt auch die politische Agenda, die zugleich den Geldhahn kontrolliert und zuletzt der Jugendhilfe den Weg weist. Andererseits ist der Weg, zu einem selbstbestimmten Individuum

zu werden, extrem steinig angelegt worden, nach dem Motto: „Das Leben ist kein Wunschkonzert“. Oder anders gesagt: „Verlorene Jahre, in denen ich versuchte, so zu sein, wie sie mich nicht haben wollten“ (Baumann).

An diesem Punkt können wir als BetreuerInnen manchmal nur den einen oder anderen steinigen Weg weisen. Eine tiefgründige Beziehung aber, die sich eine partizipatorische Haltung zum Grundsatz gemacht hat, können wir den jungen Menschen anbieten. Die Erfahrung zeigt, dass eine solche Grundhaltung die wichtigste Voraussetzung für die Mitwirkung der jungen Menschen darstellt. Dafür muss aber den MitarbeiterInnen in den Einrichtungen selbst die Möglichkeit der Mitwirkung gegeben werden, denn nur wer in seiner Arbeit das Gefühl der Selbstwirkung nähren kann, wird dieses später dann auch an die KlientInnen vermitteln können. Bei den Gesellschaftspolitischen Projekten wird seit jeher ver-

Literaturverzeichnis:

- Debiel, Stefanie (2002): *Versuchung zum Guten*, Teil 3: „...es sei denn, man tut es!“ Partizipation von Kindern und Jugendlichen im lokalen Raum – ein Auftrag für Praxisfelder der Kinder- und Jugendhilfe? Aachen: Mainz Verlag
- Pluto, Liane (2007): *Partizipation in den Hilfen zur Erziehung*. Eine empirische Studie. München: Verlag Deutsches Jugendinstitut.
- Stork, Remi (2007): *Kann Heimerziehung demokratisch sein?* Eine qualitative Studie zum Partizipationskonzept im Spannungsfeld von Theorie und Praxis. Weinheim/München: Juventa



sucht, einen partizipativen Führungsstil zu etablieren und den MitarbeiterInnen das Nötige an die Hand zu geben, um Partizipation erfolgreich durchzusetzen und an junge Menschen weiterzugeben. Es bleibt immer die Hoffnung, dass die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen Rückenwind geben. Derzeit haben wir öfter mit dem Gegenwind zu kämpfen. Der Rückenwind lässt auf sich warten. Bis dahin heißt

es geduldig sein, denn „fest und stark ist nur der Baum, der unablässig Windstößen ausgesetzt war, denn im Kampf festigen und verstärken sich seine Wurzeln“ (Seneca).

Isabel Albus

Sozialpädagogin

Jugendwohngemeinschaft Ramersdorf